



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 8. Mai 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-05-0016

Sachstand Beschluss Nr. 0102 vom 22.08.2018 Wirtschaftspolitik auch als Sozialpolitik begreifen - Antrag der FDP Fraktion vom 30.04.2019 -

Im vergangenen Jahr hat der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie auf Antrag der FDP-Fraktion („Wirtschaftspolitik auch als Sozialpolitik begreifen - Geringqualifizierte in den Fokus rücken“) folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem Grundsatz, dass Stadtplanung und Ansiedlungspolitik nicht getrennt von der Lage auf dem Arbeitsmarkt betrachtet werden dürfen, sondern auch Instrumente einer präventiven Sozialpolitik darstellen, welche sich zum Ziel setzt, die Jobchancen von Geringqualifizierten zu bewahren und, wenn möglich, zu verbessern.
2. Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zur Mobilisierung von Gewerbeflächen für die oben genannten und/oder weiteren geeignete Branchen zu erarbeiten, mit dem Ziel, das verfügbare Gewerbeflächenpotenzial besser zu lokalisieren und zu vermarkten.
3. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:
 - a) Welche Rahmenbedingungen finden die Branchen Zeitarbeit, Logistik und Distribution, Abfallwirtschaft, Gastronomie und Reinigungsdienstleistungen zurzeit in der Landeshauptstadt vor?
 - b) Wie hat sich die Zahl der Unternehmen / die Zahl der Beschäftigten in diesen Branchen in den letzten Jahren entwickelt? Sind Trends erkennbar?
 - c) Wie schätzt der Magistrat die Möglichkeiten ein, diese Branchen durch eine bevorzugte Flächenvergabe, zu fördern?
 - d) Welche Kontroll- und Anpassungsmechanismen hinsichtlich der erfolgreichen Erwerbsintegration Geringqualifizierter bestehen oder sind geplant?
 - e) Ob und wenn ja wie berücksichtigen wirtschaftspolitische Maßnahmen der LHW auch die soziale Bedarfslage in Wiesbaden?

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Sachstand bei der Umsetzung des Beschlusses Nr. 0102 vom 22.08.2018 zu berichten.

Beschluss Nr. 0083

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2019

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .05.2019

Frau Vorsitzende des Ausschusses
für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2019

Dezernat II
Dezernat IV
Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister